

10.07.2013

## Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU

zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Gute Arbeit für alle – Arbeitslosigkeit vermeiden und verkürzen – Arbeitslosenversicherung neu ausrichten“ (Drucksache 16/3427)

### **Bundesregierung hat Deutschland erfolgreich durch die Krise geführt – Bundesagentur für Arbeit beim Kampf gegen Arbeitslosigkeit unterstützen**

#### **I. Ausgangslage:**

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren hervorragende Arbeit geleistet. Sie hat Deutschland erfolgreich aus der gravierenden Wirtschafts- und Finanzkrise geführt. Noch nie hatten in Deutschland so viele Menschen Arbeit wie heute. Fast 42 Millionen Menschen sind erwerbstätig. Das sind knapp drei Millionen mehr als 2005. Seit dem Ende der Regierungszeit von Rot-Grün hat sich die Arbeitslosenzahl um rund zwei Millionen Menschen reduziert. Die Arbeitslosenquote hat sich damit nahezu halbiert. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen wurde um über ein Drittel abgebaut. Von ca. 1,5 Millionen (2005) auf ca. 1 Million (aktuell).

Die Arbeitslosenzahlen gehen in Deutschland noch weiter zurück - trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation in den europäischen Nachbarländern und weltweit. Die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen ist im Juni im Vergleich zum Vormonat um 1,2 Prozent gesunken. Die Arbeitslosenquote liegt bei 8,2 Prozent. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt weiter zu.

Neben der konjunkturellen Entwicklung hat die Bundesregierung über die Bundesagentur für Arbeit (BA) aktiv Maßnahmen zur Arbeitsförderung eingeleitet. Der BA stehen für diese Maßnahmen im laufenden Jahr 2013 mehr Mittel zur Verfügung (2,42 Mrd. Euro) als im vergangenen Jahr verausgabt worden sind, nämlich 2,33 Mrd. Euro. Die BA setzt diese Mittel bei Programmen und Maßnahmen ein, die gezielt die Kunden bedienen, die besonders von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind, wie Schulabbrecher, Menschen ohne Ausbildung, Menschen mit multiplen Vermittlungshindernissen, für die die Standardmaßnahmen der Arbeitsvermittlung durch die Agenturen für Arbeit nicht genügend Unterstützung bieten.

Datum des Originals: 10.07.2013/Ausgegeben: 10.07.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Durch Zeitarbeit und befristete Beschäftigung konnten viele - vormals arbeitslose - Menschen wieder in Beschäftigung gebracht werden. Minijobs verschaffen vielen Personengruppen (Studierenden, Rentnern und Familien) die Möglichkeit, sich etwas hinzuverdienen, ihr Einkommen zu verbessern oder Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Diese wichtigen arbeitsmarktpolitischen Instrumente dürfen jedoch nicht missbraucht werden und in den Unternehmen als Regelbeschäftigung angesehen werden. Hier stehen die Unternehmen in der Verantwortung.

Die Sozialversicherungsträger sorgen im Rahmen der von ihnen vorgenommenen Betriebsprüfungen sehr effektiv für Kontrollen und die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben.

Dank der guten konjunkturellen Entwicklung hat es Tarifabschlüsse gegeben, die diese Entwicklung widerspiegeln.

Arbeit muss ordentlich bezahlt werden. Es ist darüber hinaus richtig, dass es mit dem Instrument der Allgemeinverbindlichkeitserklärung schon jetzt Tarifverträge für mindestens vier Millionen Beschäftigte gibt. Dieses Instrument muss weiterhin aktiv eingesetzt werden. Wir wollen für die Bereiche, in denen es keine Tarifverträge gibt, die Tarifpartner gesetzlich in die Pflicht nehmen. Sie sollen gemeinsam in einer Kommission einen tariflichen Mindestlohn festlegen, wobei die unterschiedlichen Situationen in den Regionen und Branchen berücksichtigt werden können. Eine Lohnfestsetzung durch die Politik lehnen wir ab. Aber es ist Sache der Politik, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Menschen überall in Deutschland die Chance auf einen ordentlichen Lohn haben.

Das im Antrag von SPD und Grünen erwähnte Ergebnis des Prüfberichts des Bundesrechnungshofes vom November 2012 (BRH) und die daraus unterstellte Benachteiligung von Arbeitslosen mit komplexen Handlungsbedarfen widerspricht den gesetzlichen Regelungen. Die BA ist gesetzlich verpflichtet sicherzustellen, dass Ausbildungssuchende und Arbeitslose, deren berufliche Eingliederung voraussichtlich erschwert sein wird, eine verstärkte vermittlerische Unterstützung erhalten und sie kommt diesem Auftrag seriös nach.

Um festgestellte Fehlanreize zukünftig nachhaltig zu vermeiden, wurden bereits qualitative Indikatoren entwickelt, mit denen Vermittlungen von Personen, die von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind, stärker berücksichtigt werden.

Zur Umsetzung dieses gesetzlichen Auftrages hat die BA das sogenannte 4-Phasen-Modell der Integrationsarbeit erstellt. Das 4-Phasen-Modell beschreibt die Schritte des Integrationsprozesses und bildet einen bundesweiten Referenzprozess. Die Gesamtbetrachtung von Stärken- und Potenzialanalyse bildet die Grundlage für die individuelle Einschätzung der Integrationsprognose für die Kunden. Durch das 4-Phasen-Modell wird eine systematische und qualitative Aufgabenerledigung sichergestellt. Für die operative Arbeit der Arbeitsvermittler der BA gibt es verbindliche Vorgaben zu Reaktionszeiten und zur Terminvergabe.

Als Eingliederungsinstrument wird im Rechtskreis SGB III (Bereich der Arbeitslosenversicherung) die intensiviertere Betreuung von Arbeitssuchenden mit komplexen Handlungsbedarfen durch die Interne Ganzheitliche Integrationsberatung (INGA) realisiert, die auf der Betreuung von 65 Kunden durch einen Berater basiert und seit 2013 flächendeckend in den Arbeitsagenturen eingeführt ist.

Weiter wird in 13 Jobcentern in Nordrhein-Westfalen die Anzahl der Arbeitsvermittler im Rahmen der „Joboffensive“ deutlich erhöht, so dass ein Vermittler auf 100 Kunden kommt. Hierdurch ist eine schnelle und bedarfsdeckende Integration besser möglich.

Bundesweit sind trotz vielfältiger Aktivierungsmaßnahmen, durch verschiedenste Qualifizierungs- und Integrationsmöglichkeiten noch zu viele Menschen ohne einen Arbeitsplatz. Die Debatte um einen sozialen Arbeitsmarkt zur Beschäftigung dieses Personenkreises mit multiplen Vermittlungshemmnissen ist durch verschiedenste Projekte der BA – wie das Projekt „Durchstarten“ – und die Erhöhung der Anzahl der Vermittler aktiv aufgenommen worden.

## **II. Der Landtag stellt fest:**

- Der Arbeitsmarkt in Deutschland hat trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise eine positive Entwicklung genommen, von der auch Nordrhein-Westfalen profitiert.
- Allerdings bleibt die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Nordrhein-Westfalen hinter den Entwicklungen in anderen Bundesländern deutlich zurück.
- Die BA kommt der ihr übertragenen Aufgabe, Arbeitslosigkeit in jeder Form zu verhindern, nach. Die diversen Maßnahmen der BA, insbesondere zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit, verdienen die Unterstützung des Landtages und der Landesregierung.
- Der Landtag bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BA in Nordrhein-Westfalen für ihre Arbeit.

## **III. Der Landtag beschließt:**

- Der Landtag von Nordrhein-Westfalen unterstützt die BA in dem Bemühen, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und fordert die Landesregierung auf, die BA bei ihrer Offensive zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit zu unterstützen.
- Die Landtag begrüßt die Maßnahmen der BA zur intensiveren Betreuung von Arbeitssuchenden mit komplexen Handlungsbedarfen durch das Projekt INGA und fordert die Landesregierung auf, die BA dabei zu unterstützen.
- Die Landesregierung wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass die Maßnahmen der BA, regionale Schwerpunkte zu setzen, und die dabei entstehenden unterschiedlichen Bedarfe bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit nachhaltig unterstützt werden.
- Der Landtag fordert die Landesregierung auf, jeden Versuch, das System der Arbeitslosenversicherung zu verändern, zu unterlassen.

Karl-Josef Laumann  
Lutz Lienenkämper  
Peter Preuß  
Walter Kern

und Fraktion